

"Nur keine Lebenslänglichkeit": TUSTEP-unterstützte Untersuchungen württembergischer Gemeindewahlen im 19. Jahrhundert

Waibel, Raimund

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Waibel, R. (1993). "Nur keine Lebenslänglichkeit": TUSTEP-unterstützte Untersuchungen württembergischer Gemeindewahlen im 19. Jahrhundert. *Historical Social Research*, 18(3), 114-119. <https://doi.org/10.12759/hsr.18.1993.3.114-119>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

»Nur keine Lebenslänglichkeit«. TUSTEP-unterstützte Untersuchungen württembergischer Gemeindewahlen im 19. Jahrhundert

Raimund Waibel (Tübingen)*

1. Gemeindewahlen - ein unbearbeitetes Feld der Geschichtswissenschaft

Die Gemeindewahlen des 19. Jahrhunderts gehören in Deutschland in weiten Teilen zur terra incognita der Geschichtswissenschaft. Dies überrascht, denn in vielen Staaten des ehemaligen Deutschen Bundes, insbesondere aber in Württemberg, das ein ganz besonderes freies und liberales Gemeindewahlrecht besaß, stellte die Kommunalwahlen die erste und oft die einzige Möglichkeit für die Bürger dar, ihre politischen Willen auf legalem Wege kundzutun. In den Gemeinden - und eben den kommunalen Wahlen - erkannte der württembergische Frühliberalismus, nämlich um 1817/1820 die »Volksfreunde« um den bekannten Nationalökonom Friedrich List und nach der Julirevolution 1830 die bürgerliche frühliberale Bewegung, einen geeigneten Hebel, ihre politischen Vorstellungen dem Volk zu vermitteln und in dem überschaubaren Rahmen der Gemeinde die Masse des Volkes an die Politik heranzuführen.

Die württembergischen Gemeinderäte wurden zunächst auf zwei Jahre »auf Probe« gewählt; wurden sie dann in Folge direkt wiedergewählt - und nur dann! - galten sie auf Lebenszeit bestätigt. Die Liberalen erhoben nun zum Programm, grundsätzlich keinen Gemeinderat nach seiner »Probezeit« im Amt zu bestätigen, ja besser noch, schon von vornherein nur solche Kandidaten zu unterstützen, die bereits bei der ersten Wahl versprochen, für eine direkte Wiederwahl nicht zur Verfügung zu stehen.

Das liberale »System« funktionierte bald bestens: Zunächst in den größeren Städten, dann in den Landstädten und kurz vor 1848 auch vermehrt auf dem Land wurden immer mehr »zweijährige« Gemeinderäte gewählt. Da das Gesetz aber im Grund von lebenslänglichen Gemeinderäten ausging und Neuwahlen nur beim Tod eines Amtsinhabers vorsah, also jede freiwerdende Stelle einzeln besetzt wurde, mußte sich die Anzahl der Wahlen vervielfältigen: In Ulm etwa sind bis zu fünf Gemeindewahlen jährlich nachzuweisen, dazu trat noch die jährliche Bürgerausschußwahl - und es bestand Wahlpflicht.

Die häufigen Wahlen (und damit Wahlkämpfe) eröffnen dem Historiker die seltene Chance, nicht nur die politische Programmatik der frühliberalen Bewegung sowie deren Entwicklung, ihre Erfolge und Niederlagen, zu erforschen, sondern auch das Sozialprofil der Bewegung und ihr Wirken in den verschiedenen Schichten der Gesellschaft zu untersuchen. Insbesondere die Wahl-

* Protokoll des 54. Kolloquiums über die Anwendung der EDV in den Geisteswissenschaften 8. Februar 1992

anzeigen in der Presse, die häufig mit (bis zu 300) Unterschriften versehen waren, boten sich hierzu nachgerade an.

2. *Der EDV-Einsatz (TUSTEP)*

Die Fülle der Daten - die Untersuchung wurde am Beispiel der Stadt Stuttgart durchgeführt, wo schließlich rund 3500 Einzelpersonen mit mehr als 12 000 Beispielen politischer Meinungsäußerungen liberaler, aber auch konservativer Couleur erfaßt waren - ließen sich nur noch mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung bewältigen. Erfassung, Bearbeitung und Auswertung der Daten erfolgte ausschließlich mit Hilfe von TUSTEP.

Drei Arbeitsziele standen im Mittelpunkt des EDV-Einsatzes:

1. Die Identifizierung der in den Quellen genannten Personen
 2. Die Rekonstruktion und die politische Zuweisung der Namen, Gremien und Listen
 3. Die Untersuchung des sozialen Profils der politischen Bewegung
- In einer späteren Phase trat hierzu noch:
4. Eine historische Wahlanalyse der Gemeindewahlen in Ulm 1816-1900

2.1 *Identifikation der in den Quellen genannten Personen*

Nach Eingabe aller in Archivalien und in der Presse recherchierten Listen unterschiedlichster Art (gewählte und durchgefallene Kandidaten der kommunalen und anderer Wahlen, Mitgliederlisten verschiedener Vereine [politische und politisch-gesellige Vereine], Bürgermilizen, Parteien, Wahlausschüsse, Unterschriftenlisten, Petitionen, Liste der Höchstbesteuerten [etwa 10 % der männlichen Bürger waren als sogenannten Höchstbesteuerte automatisch Wähler bei den Urwahlen zum Landtag], Wahlmänner-Vorschlagslisten der Urwahlen zum Landtag, u. v. a. m.) wurden die einzelnen Namen mit Hilfe des TUSTEP-Programms »Kopiere« mit (abgekürzten) Referenzen versehen, dann die Namen alphabetisch sortiert.

Der nächste Arbeitsschritt muß nolens volens »von Hand« erfolgen: die »Identifikation« der Namen mit einer bestimmten Person (oft im Vergleich mit den Adreßbüchern der Zeit). Kein EDV-Programm wird die Assoziationskraft des Wissenschaftlers ersetzen können, etwa das »Wissen«, daß Johann Müller (I) aufgrund seines Alters, seiner Lebens- und anderer Umstände unmöglich (oder sehr wahrscheinlich nicht) Kandidat für eine Stelle im Gemeinderat gewesen sein kann, Johann Müller (II) jedoch sehr wohl. Ohnehin galt es die Dutzende »Johann Müller«, »Johannes Müller« (wechselnder Gebrauch!), »J. Müller«, »Joh. Müller«, »Hans Müller«, »H. Müller« oder auch nur »Müller« in mühevoller Arbeit zu entwirren und - sofern möglich - bestimmten Personen zuzuordnen.

Nach der »Identifikation« und der Zusammenfassung der Namen (Zuordnung anhand ergänzter Ordnungsnummern) sowie dem Ergänzen weiterer Vor-

namen, des Berufes und etwaiger Zunftämter entstand somit eine neue Urdatei in folgender Form:

Murschel, Wilhelm Heinrich: Rechtskonsulent

- 1823/06 BA GB
- 1826/07 BA GB {OBM}
- 1830/09 BA GB
- 1830/10 UL (Silberhelm) lib.
- 1830/10 AS (prov.) Bgarde
- 1831/03 **AS Bgarde**
- 1831/06 SamStelle PlnKom.
- 1831/09 LT Wahl-AS BG (wohl!)
- 1831/12 PlnKom.
- 1832/05 GR VL BG
- 1832/05 GR SG
- 1832/05 Spender f. HW-Strafe
- 1833/02 OVS S-OVS <371>
- ...
- 1847/02 GR UL BG
- 1847/05 UL gg. Militär pol. gem.
- 1847/05 UL gg. Militär (N.-Klage)
- 1847/05 Aussage gg. Militär (LT 1848)
- 1847/07 GR UL BG
- 1848/04 gWk GK
- 1848/10 GR UL BG
- 1849/03 GR UL BG/BV
- 1849/07 LVS Wahl-AS VPi. k. S. <99>
- 1849/09 GR UL BG
- 1849/10 BA VL BG {OBM}
- 1849/10 BA GB {OBM} <1134>

Die Referenzen sind wie folgt aufgebaut: 1. Jahr/Monat, 2. Anlaß der Meinungsäußerung (Gemeinderatswahl, Bürgerausschußwahl, LandTagswahl), Art der Liste (etwa: UnterschriftenListe, VorschlagsListe, im VorStand, Gewählt in Gemeinderat, Stimmen erhalten bei Gemeinderats wähl, aber durchgefallen), politische Tendenz (etwa: BürgerGesellschaft, VolksVerein, Gegen-vorschlagsListe gegen Liberale).

Spätere Korrekturen und Einfügen weiterer noch entdeckter Listen wurden ausschließlich in dieser Datei vorgenommen, die als einzige Quelldatei für alle späteren Arbeitsgänge und Auswertungen diente.

2.2 *Die Rekonstruktion und die politische Zuweisung der Namen, Gremien und Listen*

Die so entstandene Urdatei in der dargestellten Form ermöglichte es nun auch, bestimmte Personengruppen (»Listen«), deren politische Zusammensetzung bislang nicht genau einzuschätzen war, mit Sicherheit zu bestimmen. So ist beispielsweise ein Wahlvorschlag zu einer Gemeindewahl in den frühen Vierzigerjahren, dessen Unterstützer fast ausschließlich aus sonst nicht öffentlich auftretenden Bürgern bestanden, die 1848/49 zu den Demokraten und Republikanern zählten, mit Sicherheit nicht konservativer Natur.

Auf diese Weise wurde es nun auch möglich, die Zusammensetzung der Stuttgarter Gemeindeparlamente zwischen 1817 und 1849 zu rekonstruieren. Die entsprechenden Archivalien gehören zu den Kriegsverlusten des Stadtarchivs Stuttgart.

23 *Untersuchung der Sozialprofile der Gemeindeparlamente und der liberalen wie konservativen Bewegung bis in die Revolutionsjahre*

Zu den wesentlichen Desiderata der historischen Forschung im 19. Jahrhundert zählen Untersuchungen des Sozialprofils der politischen Bewegungen. Mit den in dieser Untersuchung recherchierten Daten zu politischer Meinungs- und Willensäußerung stand hierfür recht umfangreiches Datenmaterial zur Verfügung.

Die Sozialprofile wurden mit den TUSTEP-Programmen »Kopiere« (einschließlich dessen Rechenprogramm), »Sortiere« und »Registeraufbereite« erstellt. Zunächst galt es, die über 200 in den Quellen erscheinenden Berufsbezeichnungen zu Berufsgruppen zusammenzufassen. Wir entschieden uns für folgende Gruppen:

1. Beamte (auch städtische Angestellte und Mandatsträger, die ihre Zeit überwiegend der Verwaltungsarbeit opferten),
2. freie und akademische Berufe,
3. Kaufleute (ohne Unterscheidung des Umfangs der von ihnen getätigten Geschäfte, der sich oft nicht nachweisen läßt),
4. Fabrikanten und Bankiers,
5. Wirte,
6. Weingärtner,
7. Journalisten und Künstler,
8. geistliche Beamte,
9. Hofbeamte und Hofpersonal,
10. Soldaten,
11. Arbeiter und schließlich die Masse der in den Quellen auftretenden Berufe:
12. die Handwerker, die wir anhand des württembergischen Steuerrechts (das die Handwerker aufgrund des in ihrer Handwerkssparte *durchschnittlich* erforderlichen Kapital- und Arbeitskräfteeinsatzes vier Steuerklassen zuwies) in vier Teilgruppen unterschieden.

Die Zuordnung der Berufsbezeichnung zu einer der genannten Gruppen erfolgte mittels automatischem Ersetzen der Berufsbezeichnung durch eine Code-Nummer beim Lesen des Personeneintrags aus der Urdatei. Die Programme »Sortiere« und »Registeraufbereite« errechneten sodann den Anteil jeder so-

zialen Gruppe der speziellen ins Auge gefaßten Liste (Kandidatenvorschlag etc.) Mit dem Rechenteil des Programms »Kopiere« ließen sich auch einzelne Zeitabschnitte aussondern und untersuchen (das Programm suchte aus der Urdatei beispielsweise alle Einträge heraus, die die Wahl einer Person in den Gemeinderat anzeigen, und elimierte mit dem Rechenprogramm sodann alle Einträge, die vor oder nach einer anzugebenden Periode liegen).

In einem zweiten, ähnlichen Verfahren wurde der Anteil der »Höchstbesteuerten« an ausgesuchten Personenkreisen bestimmt. Anzufügen bleibt, daß es sich als sehr wichtig erwies, nach jedem Rechenvorgang zu prüfen (1. Vergleich der Anzahl eingelesener Personen mit jener des Ergebnisses, 2. ergeben die Prozentzahlen zusammen 100 Prozent?), ob das Programm alle Daten verarbeitete oder aufgrund des nötigen komplizierten Austauschs von Zeichenfolgen beim Einlesen Personen »aussonderte« bzw. »vergaß«.

Als wichtige Erkenntnisse aus der fast unendlichen Fülle der möglichen Untersuchungen und Ergebnisse sei hervorgehoben, daß sich der württembergische Frühliberalismus im Vormärz weit weniger sozial-elitär präsentiert, als bisher angenommen wurde. Die große Masse der Unterstützer liberaler Kandidaten etwa stammte aus dem Mittelstand, vor allem aus dem Handwerk. Allerdings wurden dennoch bestimmte Schichten de facto mehr und mehr ausgegrenzt, nämlich insbesondere die in Stuttgart nach hunderten zählende Schicht der Weingärtner, die als bürgerliche Unterschicht das Stimmenreservoir der konservativen Kräfte darstellte, wobei wahrscheinlich pietistische Zirkel das Verbindungsglied zwischen den Unterschichten und obrigkeitlichen Kreisen darstellten. Interessant erschien auch, wie sich »Besitz und Bildung« im Verlauf der Revolution 1848/49 immer mehr den neuen liberal-konservativen Kreisen zuwandten, während die demokratische Volkspartei ihre Mitglieder in ungleich stärkerem Maße aus der unteren Mittelschicht, aber auch aus der frühen Arbeiterschaft rekrutierte. Das schloß nicht aus, daß auch bei den Demokraten einzelne wohlhabende Kaufleute, vor allem aber auch Rechtsanwälte, an vorderster Stelle wirkten.

2.4 Die Analyse der Ulmer Gemeindewahlen 1816-1900

Nach dem Scheitern der Revolution und dem Wiedererstarken der Regierungsmacht dürfen auch in Württemberg die Fünfzigerjahre als Jahre der Reaktion gelten. Eine Untersuchung der Gemeindewahlen in Ulm von 1816 bis 1900 läßt erkennen, in welchem Maße das politische Leben nach 1850 erstarb.

Erst mit der Gründung der Deutschen Partei Anfang der Sechzigerjahre wurden die Gemeindewahlen wieder Foren politischer Willensäußerung, bald belebt durch die Angriffe linksliberaler Vereinigungen gegen die sich von ihrem liberalen Ursprüngen immer weiter entfernenden Deutschen Partei. Deren Wahlsiege konnten aber - zumindest in Ulm, dort garantiert durch eine Allianz der Partei mit der örtlichen »Bürgergesellschaft« - in den meisten Fällen nicht

verhindert werden. In den Neunzigerjahren stürzten dann das neu entstandene Zentrum und die wieder legale Sozialdemokratie im Verein mit den Linksliberalen die Herrschaft der Deutschen Partei. Andere Wahlvorschläge, derer es bis zu 25 gab, nämlich kleinerer Vereinigungen, wie Berufs-, Stadtteil-, Hausbesitzer- oder Mietervereine, spielten allenfalls das Zünglein an der Waage.

Die Ausgangsdaten - im Falle der Ulmer Untersuchung vorwiegend die Ergebnisse der Gemeindewahlen nach den im Stadtarchiv verwahrten Wahlprotokollen - wurden in der oben dargestellten Art und Weise sortiert und die Personen »identifiziert«, anschließend in Form »bereinigter« Listen, nämlich mit ergänzten Vornamen und Berufen, in eine neue Datei »Rekonstruierte Wahlergebnisse«, ausgegeben. In dieser Datei wurde mit »Kopiere« hinter jeden Abschnitt (je eine Wahl) ein Gitterraster angefügt (die senkrechten Spalten entsprechen in allen Rastern und bei allen Wahlen derselben Provenienz eines Vorschlags), in das das Erscheinen des Kandidaten (waagrechte Zeile) jeweils mit einer Kennzeichnung eingetragen wurde (eruiert anhand der in der Presse veröffentlichten Wahlvorschläge; siehe Abb. 1).

Abbildung 1

1 2 3 4 5 6 7 8 9 0

===== 1896/12 GB =====										
Hillenbrand, Emil: Ingenieur <995>	x	x			x	x		x		
Enderle, Josef: Konditor <935>	x	x			x	x		x		
Mayser, Heinrich: Angestellter <850>	x	x						x		
Bühler, Ernst Friedrich: Getreidehändler <768>	x				x	x		x		
Eychmüller, Friedrich: Werkmeister <743>	x	x			x	x		x		
Heiß, August: Apotheker <681>	x	x						x		
Maier, Georg: Metzger <646>	x	x						x		
Burkhardt, Johannes: Ökonom <642> (Dispens wegen Krankheit)	x	x						x		
Roth, Karl: Gerber <476>								x		

Dieses Verfahren erspart dem Bearbeiter die zeitaufwendige Eingabe mehrerer tausend Namen (eine Bürgerausschlußwahl mit zehn vorzuschlagenden Kandidaten ergibt bei zwanzig verschiedenen Vorschlagslisten bereits 200 Einträge, zusammen etwa 600 Worte [Name, Vorname(n), Beruf] und macht in Folge eine äußerst arbeitsintensive Abgleichung und Harmonisierung der Einträge nötig), birgt aber die Gefahr von Fehlern beim Eintragen der Kreuze, sowie Personen falsch zuzuordnen. Eine Überprüfung der ausgefüllten Gitterraster durch an der Eingabe nicht beteiligte Personen ist an dieser Stelle dringend zu empfehlen.

Aus dem so entstandenen Raster lassen sich durch Vergleich der Spalten, also der Kreuze, ohne weitere Zwischenstufen druckfertige Tabellen anfertigen, die die Wahlerfolge der einzelnen Listen (Parteien und Vereinigungen) in Form des Prozentsatzes der von ihnen vorgeschlagenen und gewählten Kandidaten wiedergeben. Ebenso lassen sich die Allianzen der verschiedenen Gruppierungen (häufig werden Kandidaten auf mehreren Listen genannt - nach vorheriger Absprache), also die Entwicklung der politischen Bewegung verfolgen.